

**Andreas von Below,  
Raimundas Pilkis:**

## **Litauen und das Drama um Staatspräsident Paksas – ein Zwischenbericht**

*Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderberichte, 19.  
März 2004, nur elektronisch verfügbar  
<[www.kas.de/  
publikationen/2004/4327\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2004/4327_dokument.html)>*

Andreas von Below, Leiter der Außenstelle Baltische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Raimundas Pilkis, Leiter des Verbindungsbüros Vilnius in Litauen, setzen sich in dem Artikel mit den gegen Staatspräsident Rolandas Paksas erhobenen Anschuldigungen und den politischen Konsequenzen, besonders auch im Hinblick auf den Beitritt Litauens zur EU am 1. Mai 2004, auseinander.

In Litauen findet das erste Amtsenthebungsverfahren in der modernen Geschichte Europas gegen einen Staatspräsidenten im Sinne einer strafrechtlichen Gerichtsverhandlung statt.

Paksas dementiert alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen und kündigte an, im Falle seiner Amtsenthebung bei den Wahlen zu einem neuen Staatspräsidenten wieder als Kandidat zur Verfügung zu stehen. Die Chancen zur Wiederwahl stehen aufgrund seiner großen Beliebtheit bei der ländlichen Bevölkerung und dem derzeitigen Fehlen eines geeigneten Gegenkandidaten gar nicht schlecht.

Die Hauptverschwörer gegen seine Person seien der sozialliberale Parlamentpräsident Arturas Paulauskas und der Leiter des litauischen Geheimdienstes, Mecys Laurinkus.

Die kritischen Stimmen gegen Staatspräsident Paksas verlangen im Gegenzug Aufklärung über die Rolle des russischen Unternehmers Yuri Borisov, der den Wahlkampf von Paksas offensichtlich maßgeblich finanziert hatte. Die unrechtmäßig zuerkannte

litauische Staatsbürgerschaft wurde ihm bereits wieder entzogen.

Auch der angebliche Versuch des russischen Geheimdienstes, seinen Einfluss auf die litauische Regierung zu verstärken, ist Gegenstand der Diskussion. In der britischen Zeitung „Independent“ wird behauptet, dass Moskau schon erklärt habe, die Einrichtung von NATO-Stützpunkten in den baltischen Ländern nicht zu dulden.

Die Situation in Litauen zieht eine ernste politische Staats- und Verfassungskrise nach sich, das internationale Ansehen Litauens, besonders in der EU und in der NATO, erleidet einen Imageverlust, das könnte zu einer politischen Isolierung des Landes führen, und die herausragende Rolle Litauens in der Außenpolitik der Region erscheint gefährdet.

Der Ausgang der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni und zur Seimas im September dieses Jahres ist aufgrund der Krise schwer einschätzbar geworden.

Der Bericht zeigt einmal mehr, dass im Zuge der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 mit Litauen ein Land hinzukommt, das innenpolitisch schwere Krisen zu bestehen hat. Wie die EU die Hereinnahme solcher heikler politischer Situationen verarbeitet, muss die Zukunft zeigen. Die Union sollte sich nicht nur auf die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit konzentrieren, sondern ebenso die innenpolitischen Stabilitäten ihrer Mitglieder fördern und erhalten.

**Ursula Sedlaczek**

**Anmerkung:** Das litauische Verfassungsgericht hat Paksas Verfassungsverstöße in der Zwischenzeit nachgewiesen und das Amtsenthebungsverfahren eingeleitet, falls er abgesetzt wird, muss die Neuwahl innerhalb von 60 Tagen erfolgen.